

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Werbung nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Innerer Bezugspreis bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheinprovinz sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 12.—, für das übrige Ausland M. 20.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 86/87

Die neuerschienene Monatszeitschrift über den Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland, die „Freiheit“, kostet 6.— M., einschließlich Postzuschlag. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

England für Stresemann

Das besondere Interesse der englischen Regierung

EE. Paris, 19. Oktober.

Der Berliner Korrespondent des „New York Herald“ meldet, daß der Eintritt der Deutschen Volkspartei zur Verwirklichung der großen industriellen Anleihe führen würde, wodurch der weitere Kursrückgang der deutschen Mark vermieden werden soll, wenn diese Anleihe auch nicht mehr die Höhe erreichen würde, die vor einigen Monaten in Aussicht genommen war. Die englische Regierung habe besonderes Interesse daran, daß die Partei von Dr. Stresemann in die Koalition eintrete, und man glaubt, die englische Regierung sei der Ansicht, es werde der Deutschen Volkspartei gelingen, Deutschland finanziell zu rehabilitieren. Der englische Einfluß zugunsten Dr. Stresemanns machte bereits gelegentlich der letzten Krise geltend, und Lord D'Abernon drückte noch vor kurzem tatsächlich die Hoffnung aus, daß die Deutsche Volkspartei, falls sie in die Koalition eintrete, das Auswärtige Amt durch Dr. Stresemann befehlen lasse. Dr. Stresemann wurde auf der englischen Botschaft als Gast oder als Besucher beim Abendessen gesehen. Man erklärt, daß Reichstagspräsident Lösser der geeignete Kandidat für den Kanzlerposten sei, und man hat den Eindruck, daß die Deutsche Volkspartei in ein Ministerium Lösser eintreten würde, obwohl der neue Kanzler Sozialist wäre.

Es mag sein, daß diese Meldung nicht in allen Einzelheiten den Tatsachen entspricht, aber im Wesentlichen gibt sie die Stimmung der Kreise wieder, die starken Einfluß auf die Haltung der englischen Regierung ausüben. Dr. Stresemann hat zwar während des Krieges das Bardenlied: Gott strafe England, am lautesten gesungen; das ist aber heute längst wieder vergessen, wo es sich darum handelt, die gemeinsamen Interessen des englischen und deutschen Kapitals zu schützen. Vom sozialistischen Standpunkt aus könne man nichts dagegen einwenden, daß ein Volk dem anderen auch in der Lösung von inneren Schwierigkeiten beistünde. Hier handelt es sich aber nicht um einen Akt internationaler Solidarität, sondern um einen Vorgang, der beweist, wie weit schon die weltkapitalistische Verknüpfung vorgeschritten ist. Hinter Stresemann steht Stinnes. Und dieser Name bedeutet ein Symbol.

Wir werden abwarten, ob die Sozialdemokratische Partei sich dazu bereitfinden läßt, ein Kabinett zu bilden, das seine Tätigkeit unter dem Zuspruch des englischen Kapitals beginnen soll, wie es in der Meldung des „New York Herald“ angenommen wird. Ein Kabinett mit Stresemann als Außenminister, das zugleich der Stinnespartei die wichtigsten wirtschaftlichen Positionen ausliefern würde, muß das Signal zu den heftigsten innerpolitischen Kämpfen geben. Wir sind gewiß, daß die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sich dieses Spiel nicht gefallen lassen wird.

Eine demokratische Stimme

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Es ist nicht einzusehen, welchen Vorteil ein Regierungswechsel Deutschland bringen soll. Außenpolitisch kann er uns schwerlich etwas helfen. Wenn darin eine Geste liegt, so wird sie auf die Franzosen kaum Eindruck machen, und ein neues Kabinett bringt eine ganze Reihe von Verbindungen und Anknüpfungen nicht mit, die sich das alte immerhin geschaffen hatte. Allerdings ist die Regierung in der oberflächlichen Frage unglücklich gewesen. Aber es ist ungerade zu erkennen, daß sie manche anderen Erfolge gehabt hat, und es ist zwar unbeweisbar, aber keineswegs unwahrscheinlich, daß ohne den von ihr gewonnenen Kredit die Entscheidung noch unglücklicher ausgefallen wäre. In der inneren Politik schafft der Rücktritt Wirths eine breite Lücke, für deren Ausfüllung man einwilligen nur fromme Wünsche äußern kann. Wie soll sich die Sozialdemokratie zu einem weiter rechtsstehenden Kabinettsleiter verhalten? Die Gründe, die gegen den Rücktritt sprechen, sind so einleuchtend, daß Herr Dr. Wirth unter ihrem Einfluß schon bleiben wollte. Er ist dann aber durch die Opposition, die ihm aus der Demokratischen Partei und, wie gesagt, aus seiner eigenen Partei entgegenlag, umgestimmt und wohl auch verärgert worden. Gegen die Antomüdigkeit der führenden Minister läßt sich freilich nichts tun.“

Ein Kompromiß über Oberschlesien?

EE. Paris, 19. Oktober.

Die angeblichen englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten in der ober-schlesischen Frage scheinen nun wieder einmal durch Nachgeben Englands sich einer Verständigung zu nähern, und zwar sollen sich die englischen Delegierten in Paris dem französischen Standpunkt im allgemeinen angeschlossen haben. Frankreich habe, wie zuverlässig verlautet, einen Kompromißvorschlag ausgearbeitet, nach dem den Regierungen in Berlin und Warschau die Völkerbundsentscheidung über Oberschlesien mit einer beson-

deren Note gleichzeitig übermittelt werde. In dem Begleitschreiben sollen beide Regierungen darauf aufmerksam gemacht werden, daß lediglich die Klausel über die Grenzlinie erfüllt werden müsse. Dagegen stehe es der Berliner und Warschauer Regierung frei, die wirtschaftlichen Bestimmungen zu korrigieren und durch einen Meinungsaustrausch sich darüber zu einigen. Briand soll der Urheber dieses Vorschlages sein.

Noch eine Frage zu erörtern

EE. London, 19. Oktober.

Reuters erfährt, daß alle alliierten Regierungen ein Einvernehmen treffen werden, um ohne Vorbehalte die Empfehlungen des Völkerbundes anzunehmen, und sie sind der Ansicht, daß es sehr wichtig sei, daß Deutschland und Polen diese Empfehlungen sehr genau beobachten. Die einzige Frage, die noch zu erörtern wäre, sei die Ernennung einer gemischten, aus einer gleichen Anzahl Deutscher und Polen bestehenden Kommission, der eine Neutraler präsidieren soll. Diese Kommission wird beauftragt werden, die Durchführung des Wirtschaftsabkommens zu überwachen. Man glaubt, es sei wichtig, daß diese Frage erledigt werde, bevor man der deutschen und der polnischen Regierung die neue Grenzlinie bekanntgegeben habe.

Eine Erklärung deutscher Gewerkschaftsführer

London, 18. Oktober.

In einer Unterredung mit dem politischen Berichterstatter des „Manchester Guardian“ erklärten die deutschen Gewerkschaftsführer Löffler und Sassenbach, die Teilung Oberschlesiens werde eine wirtschaftliche Katastrophe zur Folge haben.

Der englische Standpunkt

Paris, 18. Oktober.

„Eclair“ schreibt, England, das trotz allem Gerede seinen Standpunkt in der ober-schlesischen Frage nie geändert habe, zeige sich bereit, die Absichten Deutschlands zu begünstigen. Es verlange von Frankreich, sich ihm anzuschließen und den beiden Beteiligten sowohl die Festsetzung der neuen Grenze als auch die Bildung einer deutsch-polnischen Kommission unter dem Vorsitz eines Neutralen zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einheit in Oberschlesien aufzuerlegen. „Eclair“ hofft, daß die französische Regierung es kategorisch ablehnen werde, sich einer solchen Entscheidung anzuschließen, die gleichzeitig dem Versailler Vertrag und dem gemeinen Recht zuwiderliefe.

Heute Sitzung der Botschafterkonferenz

Paris, 19. Oktober.

Wie Perrinax im „Echo de Paris“ mitteilt, wird die Botschafterkonferenz heute vormittag zu einer Sitzung zusammentreten. Jules Cambon hatte gestern mit dem englischen Botschafter, Lord Hardinge, eine Besprechung. Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, ist in Paris eingetroffen.

Die Friedensverträge mit Amerika

Ratifikation durch den Senat

Washington, 19. Oktober.

Der Senat hat die Friedensverträge mit dem Deutschen Reich, mit Oesterreich und mit Ungarn ratifiziert.

Keine Verpflichtung aus dem Versailler Vertrag

Wid. Tel. Washington, 19. Oktober.

In der gestrigen Sitzung des Senats wurde mit 66 gegen 8 Stimmen ein Zusatzantrag angenommen, nach dem die Vereinigten Staaten bei Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland keine Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag übernehmen.

Der bevorstehende Eisenbahnerstreik

Wid. Tel. Washington, 19. Oktober.

Offiziell wird mitgeteilt, daß Präsident Harding zur Vermeidung des Eisenbahnerstreiks beschlossen habe, alle Eisenbahndirektionen sollen gezwungen werden, die Entschädigungen des Eisenbahnamtes anzunehmen. Inzwischen arbeiten das Kriegsdepartement und der Generalstab der Armee ein Aktionsprogramm für den eventuell bevorstehenden Streik aus. Die Truppenkommandeure haben Anweisung erhalten, Leute mit Erfahrungen im Eisenbahnbetrieb festzustellen, die bei Einsetzen des Streiks Notstandsarbeiten zu verrichten haben.

Ein Parlamentsgebäude in Flammen

D. E. Riga, 18. Oktober.

Das alte Livländische Ritterhaus, der gegenwärtige Sitz der Livländischen Konstituante, steht in Flammen.

Protektionskind Horthy, Ungarn

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

Was in Venedig unter dem Vorstehe des italienischen Ministers Torretta und unter dem Druck der großen Entente beschlossen wurde, ist nicht nur das Zerreißen der Friedensverträge von Saint-Germain und Trianon, sondern eine Selbstverhöhnung der Entente. Deutsch-Oesterreich bestand, als der Friede in Saint-Germain ihm diktiert und darin Westungarn Oesterreich zugesprochen wurde, auf eine Volksabstimmung. Es wollte, soweit es an ihm lag, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Geltung bringen. Diese demokratische Zumutung wurde damals abgewiesen und das Gebiet bedingungslos Oesterreich zugewiesen. Diesem in Venedig, wurde Oesterreich unter den härtesten Druck genommen, mit der Einstellung der sagenhaften Kredithilfe und der Entziehung des „Wohltuens“ der Ententemächte bedroht, wenn es einer Volksabstimmung, die allerdings nur den Vorwand zur Uebergabe der wichtigsten Teile Westungarns an Horthy bilden soll, seine Zustimmung verweigern würde. Wie widerspruchsvoll und geradezu toll dieses Vorgehen der hohen Mächte erscheinen mag, es liegt in jener Linie der Ententepolitik, die die Stärkung und Förderung der Konterrevolution verfolgt. Im Jahre 1919 galt es, das proletarisch-revolutionäre Ungarn zu schwächen und demütigen; heute gilt es, dem konterrevolutionären Galgenstaate zu helfen und die demokratische Republik Oesterreich zu schwächen.

Schamlos ist wohl selten ein klares Recht gebeugt worden, als in dieser ganzen westungarischen Krise. In dieser Angelegenheit hat nun zur Abwechslung Italien die Führung übernommen mit der klar hervortretenden Absicht, alle irgendwie demokratischen Kräfte in dem Donauboden zu schwächen und dem vor seinem Zusammenbruch stehenden Galgenregime Horthys den Rettungsgürtel zuzuworfen. Denn in dem ganzen westungarischen Streite handelt es sich, ja gar nicht um Westungarn, das weder aus wirtschaftlichen, noch aus nationalpolitischen Gründen eine überragende Bedeutung für die streitenden Parteien besitzt, sondern um etwas ganz anderes. Für Horthyungarn stand die Sache so, daß es seit zwei Jahren an der Auffstellung einer neuen, zum Kriegsführen geeigneten Armee und einer entsprechenden Staatsverfassung arbeitet. Hätte es Westungarn trotz dieser Kriegsbereitschaft räumen müssen, dann wären die inneren, nur mit der Anwendung der äußersten Gewaltmittel niedergehaltenen Widerstände gegen diese Politik so mächtig geworden, daß eine Veränderung dieser ganzen Politik eingetreten wäre. Die Entwaffnung und damit der Zusammenbruch des ganzen konterrevolutionären Regimes wäre dann auf die Tagesordnung gesetzt worden. Hat aber die Soldateska eine Veränderung des Friedensvertrages durchsetzen können, dann hat sie eben ihre Richtigkeit bewiesen. Ist der Erfolg auch angesichts seines Objecktes ein geringer, so ist allein die Tatsache, daß die Entente durch bewaffnete Macht zur Kapitulation gezwungen wurde, für die weitere Erhaltung und den Ausbau der magyarischen Armee von grundlegender Bedeutung.

Die Armee Horthys kämpft in Westungarn für ihre Existenz im nacktesten Sinne des Wortes und nur dies erklärt ihren politischen und diplomatischen Wert. Es wäre sonst ganz unverständlich, daß Ungarn, dasan die Nationalstaaten ohne Widerstand zwei Drittel seines früheren Gebietes, mehr als 200 000 Quadratkilometer mit zehn Millionen Einwohnern, abgetreten hat, nun wegen des Landstreifens Westungarn mit nicht einmal 300 000 Einwohnern einen Konflikt mit der ganzen Welt gewagt hat. In internationalen Problemen geliebet, wird hier ein Abschnitt des ungarischen Klassenkampfes ausgetragen: die Militärdiktatur kämpft dort gegen die sich zu rühren beginnenden demokratischen Kräfte des Landes, die Monarchie gegen die republikanische Strömung. Die strikte Durchführung des Friedensvertrages in diesem Punkte hätte unbedingt zu einem Zusammenbruch der magyarischen Konterrevolution geführt. Das Ziel der Ententepolitik ist deshalb, sie, wenn auch um den Preis des Zerreißens des Friedensvertrages, vor dem Untergang zu retten.

Aber nicht nur in Ungarn selbst, auch in seiner Nachbarschaft soll die demokratische Entwicklung gehemmt und zurückgeworfen werden. So sind schon jetzt in Deutsch-Oesterreich die Monarchisten auf dem Plan erschienen. Allerdings ist hier jeder halbwegs denkende Mensch darüber im klaren, daß ein monarchistischer Putsch ohne Hilfe von außen, ohne einen Einbruch der Ungarn, ein hoffnungsloses Unternehmen ist. Denn in einem Lande, wo eine einheitlich geschlossene sozialdemokratische Partei mit mehr als fünfhunderttausend politisch organisierten Mitgliedern und mit einer Million gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten die ausschlaggebende politische Macht ist, würde ein Putsch sehr bald ein klägliches und wenn notwendig, auch ein blutiges Ende finden. Aber die Tatsache, daß nun mehr als sechs Wochen in der unmittelbaren Nähe des Wiener-Neustädter Industriegebietes, zwei Jahrzehnte lang weit von Wien mit der aktiven Mithilfe der Ententegenerale Gorion, Samella und Ferrario ein monarchistisches magyarisches Heer ausge-

stet wurde und gegen Wien aufmarschieren konnte, hat die Monarchisten in Oesterreich mit neuen Hoffnungen be- weckt. Sie sind aus ihren Schlupfwinkeln hervorgekrochen und winken mit nicht mißzuverstehenden Gebärden über die Grenzen hinüber, daß der magyarische Räuber doch schneller kommen möge, um das deutsche Volk mit Galgen und Köpfermesser zu der habsburgischen Freiheit zurückzu- führen.

Die Ententepolitik hat in Venedig Horthn den Rettungs- zügel zugeworfen, allerdings unter der Bedingung, daß die ungarische Regierung soviele Macht und den Willen auf- bringe, die Banden in Westungarn zu entwaffnen. Die Macht hat sie gewiß, denn sie war es ja, die diese Banden aufstellte, ausgerüstet und mit Geld versehen hat. Ob sie aber den Willen dazu hat, ob sie nicht vielmehr der Mei- nung ist, daß sie nach ihrem Erfolg ihre Hände auch nach Preßburg, Raikau und Großwardein austrecken darf, ist eine Frage, auf die erst die nächste Zukunft die Antwort geben wird.

Deutschnationale Politik

Außerordentlich interessant ist der heutige Leitartikel der „Deutschen Zeitung“, die zu den wenigen bürgerlichen Zei- tungen gehört, die trotz des Lohnkampfes im Zeitungs- gewerbe erscheint.

Herr Otto von Schilling nimmt Notiz von den Ber- liner Stadtverordnetenwahlen. Sie hätten ergeben, daß der „Zulauf der Massen“ der Deutschnationalen Volks- partei gehöre. Diese Partei müsse so groß werden, daß sie „aufhört, Partei zu sein“. Dazu brauche sie die Massen und habe ernsthaft mit der Straße zu rechnen. Dazu brauche sie ferner den Willen zur Macht und nicht allein „die Würde des Tones“, von der bei deutschnationaler Agitation bisher auch wirklich nichts zu spüren war. Den Willen der Macht aber trauen auch wir dieser Gesellschaft zu. Herr von Schilling schreibt:

Wir müssen die Macht zurückgewinnen. Mit jedem zulässigen Mittel und auf jedem gezielten Wege. Wo wir sie aber bereits zurückhaben haben, sollen wir die Macht rü- cklos ausnutzen, um die Grundlage herzustellen, auf der das deutsche Haus neu stehen kann.

Aber Herr von Schilling dämmert doch der Gedanke auf, daß die Gewinnung und die rücksichtslose Ausnutzung der Macht auch die Verantwortung bringt. Ihm wird bange. Anscheinend erinnert er sich in diesen Tagen der demagogischen Versprechungen, die von deutschnationalen Agitatoren den durch die nationalistische Hege Aufge- wiegelten gegeben worden sind. Er und alle übrigen seines Schlages wissen zu genau, daß sie nicht in der Lage sind, alle diese Versprechungen zu halten. Sie wissen noch mehr. Sie wissen, daß im Falle ihrer Herrschaft alle die demagogischen Versprechungen in das Gegenteil umschlagen würden, denn der Gewinn der Macht durch die Reaktion wäre nur die Einleitung zu neuer Ausbeutung des Volkes, zu neuen außerpolitischen Verwick- lungen, zu neuem Elend.

Darum steht sich Herr Schilling veranlaßt, eine über- triebene Hoffungslosigkeit der angeblichen Massen, die gegenwärtig den Deutschnationalen nachlaufen, zu dämpfen. Das macht er so:

Ob es allenthalben und bereits jetzt an der Zeit ist, durch Eintritt in die Regierung oder Übernahme von öffentlichen Verwaltungen dem uns zum Ausbruch ge- brachten Vertrauen der Bevölkerung zu entsprechen, wird sorgsam und reiflich überlegt werden müssen; haben wir doch als ehrliche Menschen alles zu vermeiden, was die trübseligste Hoffnung erwecken könnte, wir wären imstande, über Nacht das gefurchte mißhandelte Deutschland zu einem freien, glücklichen großen Reiche zu wandeln. So wie die Dinge liegen, nach dem furchtbaren Kriege und der erbärmlichen Revolution, nicht nur ringsum, son- dern auch mitten unter uns, wäre es leichtfertig, ja verwerflich, irgendeine sofortige Erleichterung oder eine merk- bare Besserung familiärer Verhältnisse in Aussicht zu stellen.

Daraus geht klar hervor, daß die Leute sich auch fernerhin vor jeder Verantwortung drücken werden. Auch in der Gemeinde. Sie werden sich weiter darauf beschränken,

die Arbeit einer sich irgendwie bildenden Gemeindegemeinschaft zu sabotieren und den Apparat der städtischen Verwal- tung sowie die Ausnutzung aller Kräfte der Gemeinde zum Vorteil der arbeitenden Massen weiterhin zu hemmen. Durch weitere demagogische Hege werden sie zunächst wei- teres Stimmengewinn zu gewinnen trachten. Erst wenn sie glauben, daß sie ganz fest im Sattel der Macht sitzen und alle Widerstände gegen ihre Herrschaft mit Blut und Eisen niederzuknallen können — erst dann wollen sie ihre Herrschaft endgültig antreten.

So sehen die „Sieger“ von Groß-Berlin aus. Die Ar- beitererschaft aber fürchtet sich nicht. Sie wird ihren ganzen Elfer einsetzen, um die kleinen Ver- luste vom 18. Oktober auszugleichen und neue und endgültige Siege für die Zukunft vor- zubereiten.

Die Geheimorganisationen

Ein Dokument der schlesischen Nachrichtenzentrale

Minister Dominicus hat bei Besprechung der großen Anträge über den reaktionären Kurs der preussischen Innen- politik zu behaupten gewagt, das gegen die Orgesch und die Geheimorganisationen vorgebrachte Material würde wohl kaum einer näheren Prüfung standhalten können. Das nachfolgende Dokument soll zeigen, daß Herr Dominicus die Wahrheit zu fürchten hat und deshalb mit oberflächlichen Redensarten eine sehr ernste Angelegenheit abzutun ver- sucht. Es handelt sich um einen Ausweis der schlesischen Nachrichtenzentrale, der folgendermaßen lautet:

Nur persönlich vorweisen.

Inhaber dieses Papiers (folgt Name) ist in unserer Spionage- Ueberwachungsabteilung mit den Aufgaben betraut, die un- bedingte Zuverlässigkeit, absolute Ge- linnungstreue, völlige Verschwiegenheit und vorwiegendes Zutreffen erforderlich machen. Es wird gebeten, ihm rücksichtslos Vertrauen entgegenzubringen und jede Auskunft in vaterländischen Fragen zu erteilen. Nach ist der In- haber berechtigt, Geld von Stellen in Empfang zu nehmen, die Wert darauf legen, verborgen zu bleiben und anerkannt den nationalen Aufstieg und die Reinigung unserer Stellen zu fördern.

Wegen der Gültigkeit dieses Ausweises kann telegraphische An- frage gestellt werden an die Unterschrift Nr. 2.

Der Ausweis ist befristet. Die jeweilige Frist ist handschriftlich darauf vermerkt und trägt den begedruckten Erkennungstempel 2. Geleitzet mit Zeichnung Nr. 2. Geheim-Chef der Abteilg. gez. Dr. Arnold Ruge, gez. Berger.

Geleitzet mit Zeichnung Nr. 1. gez. Dr. Arnold Ruge, Heidelberg, Werberstr. 74

Der Ausweis ist mit dem Bild des Inhabers versehen. Er hat zwei Stempel. Der obere Nr. 1 trägt die Aufschrift: Nach- richtenzentrale D. S. Stempel Nr. 2 ist der Geheim- stempel und trägt die Aufschrift: So lange noch ein Kraden an mir ist, will ich dem Vaterlande dienen. Die Bestätigungswörter sind ebenfalls mit zwei Stempeln versehen: mit dem offiziellen Stempel und dem Geheimstempel. Die letzte Frist des uns vorliegenden Aus- weises bezieht sich auf die Zeit vom 1. September bis 15. Ok- tober. Ruge und Berger sind ein und dieselbe Person. Der Ausweis wurde nur ganz zuverlässigen Personen für die Erledigung besonders wichtiger Aufträge ausgehändigt. Was würde Herr Dominicus tun, wenn die Arbeiter eine ähnliche Organisation ins Leben rufen und ähnliche Ausweise ausfertigen würden? Von den Mitglie- dern der schlesischen Nachrichtenzentrale ist bisher nicht ein Mann verhaftet worden. Daß sich diese Nachrichtenzentrale bis vor kurzem ungehindert in Schlesien betätigen konnte, zeigt deutlicher als alles andere, daß Herr Dominicus nicht in der Lage ist, den Schutz der Republik gegenüber den Be- strebungen der monarchistischen Geheimorganisationen ernst- haft zu betreiben. Alle Tatsachen sprechen gegen ihn.

Die „Hamburger Warte“ erneut verboten. Die „Hamburger Warte“ wurde bis zum 31. 10. einschl. wegen eines Aufhanges von Otto Ernst verboten. Ebenso wurde das „Hamburger Tage- blatt“ verboten.

Schon nach dem Referat Lydia Stoeders hielt Prof. Dester- reich es für nötig, die Tagung gegen etwaige Vorwürfe des Haltens am rein Psychologischen in Schutz zu nehmen. Er meinte, daß die wissenschaftlichen Voraussetzungen des Pazifismus allen Teilen bekannt und auch von allen anerkannt wären. Es wird von ihnen nicht gesprochen, weil sie selbstverständlich seien. Hier solle nur der ideologische Ausschau gegeben werden. Doch das Referat hat eben durch seine Stellungnahme zur Ju- gendbewegung, durch seine Einstellung auf Veröhnungsumgebung eine Unklarheit, die nicht ersichtlich machte, ob er unter Jugend- bewegung nur die bürgerliche Jugendbewegung meinte, oder ob seine Auseinandersetzung, die jeden Kampf zu verneinen schien, auch die Arbeiterjugend im Auge hatte. Es klang fast wie eine Forderung nach Friede und Veröhnung unter allen Umständen.

In der Diskussion machte Herr Reissner Mitteilung über die Resultate des Kampfes der Arbeitsgemeinschaft zur Völkerveröhnung in Hamburg. Es wurde die Anregung zur Fühlungnahme mit den Lehrern des Auslandes gege- ben und vorgeschlagen, in Büchern und Vorträgen den Lehrern, die wissens sind, den pazifistischen Gedanken zu dienen, das nötige Rüstzeug zu versehen. Eine internationale Tagung über Völkerveröhnung durch Erziehung wurde be- schlossen. Zur Erledigung dieser Aufgabe wurde ein Ausschuß aus dem Mittelschullehrer Julius-Jarstenwalde, Ahrens-Köln, Meßen-Duisburg und Dr. Elisabeth Kotten gebildet. Ferner wurde beschlossen, die deutsche Tagung zu wiederholen.

Das erste Referat in der Nachmittagsstunde über praktische Durchführung der Erziehung zur Völkerveröhnung hielt Frau Antonie Pfüll. Sie weist nach, daß bis heute nichts gesche- hen ist zur Verwirklichung des § 148 der Verfassung des Deut- schen Reiches, indem es heißt: In allen Schulen ist sittliche Bil- dung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geist des deutschen Volkstums und der Völkerveröhnung zu erstreben.“ Jedoch nicht eine Veröhnung, sondern Veröhnung müßte erstrebt werden. Die Schule arbeite aber dagegen. Es muß eine Verpflichtung aller Lehrer auf den § 148 verlangt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Erörterung der Hochschulen von nationalistischen Lehrern. Dr. Kawerau spricht eingehend vom Geschichtsunter- richt und zeigt an der Hand neuester Unterrichts- bücher, wie hier die Geschichte im nationalistischen Sinne ge- führt wird. Ausführlicher befragt er die wissenschaftlich falsche Darstellung des Anfangs und des Endes des Weltkrieges. Ebenso zeigt er zu Freie gegen das Verschweigen in den Lehrbüchern, das auf eine Fälschung hinausläuft und gegen die doppelte Moral, die bei anderen Völkern des verdammenswert findet, was beim eigenen angeblich lobenswert ist. In methodischer Hinsicht muß die Erziehung durch den Geschichtsunterricht nach unkritischen Denken, das Vor- und Nachfragen, das Tatsachenabfragen, die Pflege des Heroenkultus bekämpft werden. Der Unterricht muß im Geist völliger Solidarität aller Schaffenden, in der Einstellung auf das gesamte Gesellschafts- und Gemeinheits- leben geführt werden. Dr. Hiller tut den nächsten Schritt

Gegen die Lebensmittelsteuer

Wirkungen der reaktionären Wirtschaftspolitik

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation Müller-Franken u. Gen. ein- gebracht:

Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Preise für alle Nahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs maßlos in die Höhe getrieben.

Der Preis für das Getreide liegt über 4000 M. pro Tonne; der Kartoffelpreis ist um rund 100 Proz. höher, als er im vorigen Jahre war, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Preis für dieses wichtige Nahrungsmittel noch weiter steigt.

Die Preise für Rohhäute sind im Zeitraum weniger Wochen um 300 bis 400 Prozent gestiegen, so daß damit zu rechnen ist, daß der Lederpreis in kurzer Zeit eine Rekordhöhe erreichen wird. Ebenso steht es mit den Preisen für inländische Rohwolle.

Böhne und Gehälter sind, angesichts der gewaltigen Teuerung, völlig unzureichend erhöht. Die wirtschaftliche Lage der Invaliden, Alters-, Unfall- und Kriegsgenossen hat sich bedenklich verschlechtert und die Kleinrentner sinken immer tiefer ins Elend.

Wir fragen daher: Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Preissteigerung der Waren deutscher Herkunft und den oft in bezug auf den Arbeiter zu unterstützen?

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft, veran- laßt durch die vereinigte Macht des Agrarieriums und ihrer industriellen Verbündeten im Reichstag, durchgeführt durch den getreuen Heißdies Agrarieriums, den Ernährungsminister Hermes, hat zur maßlosen Steigerung aller Lebensmittelpreise ge- führt. Gemeinsam mit den Rechtssozialisten hat sich auch unsere Fraktion im Reichstage gegen die Aufhebung der Wehr geist. Jetzt haben die Karrieren ihren Willen und ihre Millionenüberhäufte und die arbeitenden Massen tragen die Kosten. Die gegenwärtige Steigerung aller Lebensmittelpreise ist nichts anderes als ein sehr reiches Beispiel für die Wirkungen der Wirtschaftspolitik der Reaktion. Die Reichs- regierung ist verpflichtet, die begangenen Fehler gut- zumachen, wozu ihr die Gelegenheit durch entsprechende An- träge, die auch unsere Fraktion stellen wird, gegeben werden soll.

Staatsbedienstete und Teuerung

Der Beamtenauschuh des preussischen Landtages lehnte die Be- ratung des Teuerungsantrages des Zentrums fort. Der preussische Finanzminister Saemisch erklärte u. a., die Staatsregierung verfolge, wie die mit der Entwertung der Mark steigende Ver- teuerung der Lebensbedürfnisse es den Beamten und Angestellten des Staates erschwere, mit ihren Dienstbezüge auszukommen. In ähnlicher Richtung seien die Ruhegehaltsempfänger und die Hinterbliebenen. Eine weitere Entspannung der Ausgleichs- und Versorgungsansprüche werde grundsätzlich bedenklich. Zunächst müsse der Abschluß der zwischen dem Reich und Preußen zwecks anderer Regelung schwebender Verhandlungen abgewartet werden. Die Regierung werde alles daran setzen, diese Angelegenheit rasch zu beenden. Der Minister werde die Führer der Parteien zu einer Besprechung auffordern, sobald der Stand der Verhand- lungen mit dem Reich ihn zu näheren Angaben instandsetze. Die Redner aller Parteien erklärten schnelle Hilfe für nötig. Der Finanzminister erklärte, er hoffe binnen acht Tagen Ent- scheidungen abgeben zu können. Die Regelung werde auf sämtliche Staatsbedienstete ausgedehnt werden. Der Ausschuh verzog die Weiterverhandlung, bis die bindenden Regierungserklärungen vorhanden seien.

Das Internationale Arbeitsamt. Die 8. Session des Verwal- tungsraats des Internationalen Arbeitsamtes wird am Mittwoch vormittag in Genf eröffnet. Der Rat legt sich aus 24 Mit- gliedern zusammen, von denen 12 die Regierungen, 6 die Arbeit- nehmer und 6 die Arbeitgeber vertreten. — Die erste Sitzung des Internationalen Arbeitsamtes wird am 25. Ok- tober stattfinden. Eine Reihe von Delegationen ist bereits in Genf eingetroffen.

Türkisch-iranischer Friedensvertrag. Nach einer Havasmel- dung aus Moskau ist ein Friedensvertrag zwischen den Sowjetrepubliken Aserbeidshan, Armenien und Georgien einerseits und der Regierung von Angora an- dereits unterzeichnet worden.

Völkerveröhnung und Erziehung

Im Anschluß an die Tagung der entschiedenen Schulreformer (1. Freiheit), Abendkollat 12. Oktober) fand eine Tagung pazifistischer Lehrer und Erzieher über Völkerveröhnung durch Erzie- hung statt. Die einberufenden Organisationen waren die Deutsche Friedensgesellschaft, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Bund Neues Vaterland, Deutsche Liga für Völkerveröhnung, pädagogische Abteilung, Deutscher Landesverband für internationale Erziehung und Bund entschiedener Schulreformer. Nachdem Professor Desterreich in einleitenden Worten die Bedeu- tung der Tagung hervorgehoben hatte, sprach Professor Dr. Goldde an Stelle Hübners zum Thema „Hauptgehaltspunkte für die Erziehung der deutschen Jugend“. Der Pazifismus als solcher könne nicht gelehrt werden, doch müsse die ganze Erziehung und in erster Linie der Lehrstoff in der Schule und die Lehrer selbst, auf den Pazifismus eingestellt werden. Geschichte und Geo- graphie als Unterrichtsfächer kämen hier in erster Linie in Be- tracht. Jede nationalistische Tendenz müsse aus dem Geschichtsunterricht ausgemerzt werden und die Lehrer sich lediglich auf die Verabreichung des Lehrstoffes beschränken. Ver- fassungslehre, Bürgerkunde müssen eingeführt werden. Der mündigste Punkt sei die Lehrfrage. In rücksichtslosster Weise müsse in den Lehrerbildungsanstalten vorgegangen werden. Gebildet werden nur Lehrer, die auf pazifistischer Grundlage stehen, gebildet werden. In den Schulen jedoch müsse verlangt werden, daß die anders gesinnten Lehrer sich nur auf die Mittelung des Lehrstoffes beschränken. Diejenigen, die sich der Ausweitung nationa- listischer Gesinnung schuldig machen, müssen ohne weiteres ent- fernt werden. Die Jugend selbst müsse zur Selbstdisziplin, zum kritischen Denken erzogen werden, damit sie als einigste Auto- rität die sittliche Ueberlegenheit anerkenne.

Als zweite referiert Lydia Stoeder zur Frage „Erziehung zur Völkerveröhnung und Frauenwelt“. Unterstrichen wird die Richtigkeit der Frau am letzten Kriege. In Wirklichkeit ist jedoch die Frau in viel höherem Maße als der Mann für den Frieden geschaffen. Daraus erwächst die Bedeutung der Mutter für die Pflege des Geistes der Veröhnung in der heranwachsenden Generation. Wie in den Erziehungsmethoden, so auch in den Spielzeugen der Jugend und den Jugendspielen muß diese Erziehung zur Völkerveröhnung ihren Ausdruck finden. Die Ge- meinschaftslehre müßte in erster Linie dazu beitragen. Als dritte spricht Walter Fabian über „Jugendbewegung und Weltveröhnung“. Es habe niemals Kriege der Jugend, sondern immer Kriege der Alten gegeben. Die Jugend strebt nach innerer Wahrhaftigkeit und nach sittlicher und geistiger Erneuerung. Der Pazifismus könne nur Tat werden, wenn er von der Jugend und ihrem besten Teile, der Jugendbewegung, getragen würde. Die Jugendbewegung kenne kein Ziel, sie sei nur ein Weg. Sie lehne auch jede politische Bindung ab und strebe nach Veröhnung. Der Jugendbewegung und der Friedensbewegung gehöre die Zukunft.

und weist in seinem Referat über „Pazifismus, Gemeinschaft und Erziehung“ nach, wie der gesamte Kernstoff in der Schule, die Organisation des Zusammenlebens der Schüler mit- einander, und der Schüler und Lehrer untereinander, endlich die gemeinsamen Feste, der Idee des Pazifismus dienlich gemacht werden können.

Ihren Abschluß fand die Tagung in der Volksversammlung im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium. In scharfen Worten geistelt Harry Graf Kahlker, der über Erziehung und Weltpolitik sprach, die Schwächlinge, die durch preussischen Drill erzogen, bis jetzt die Weltpolitik gemacht haben. Er verlangt eine Erziehung, die in erster Linie Selbstdisziplin und das Verantwortungsgesühl entwickeln würden. Ernst Friedrich zieht mit großer Leidenschaft gegen die Schuldliteratur, das Kriegsspielzeug und den Schuldienst los, die die Kindesseele vergiften, um der Idee der Veröhnung und der Höchstentwicklung der Völkerveröhnung nicht ins Gesicht schlagen. Professor Desterreich betont nochmals, daß Pazifismus Kampf bedeute, daß nur ein aktiver Pa- zifismus, der auch unter Umständen Opfer kosten dürfe, durch- dringen wird. Er stellt auch fest, daß eigentlich nur ein so- zialistischer Pazifist sein kann und fordert zum Schluß die Lehrer auf, ihren Mann zu stehen und sich zum Kampf gegen die Gegner miteinander und mit den Eltern zusammenzuschließen.

Kann auch so manches an einzelnen Referaten bemängelt werden, so muß doch anerkannt werden, daß die Tagung einen guten Schritt vorwärts bedeutete im Kampfe gegen die nationalistische Lehrerschaft. Der pazifistische Lehrer wird gehärtet an seine Arbeit gehen und wird sich mit Gleichgesinnten gemeinsam trotz aller Anfeindungen seinen Weg über Erziehung zur nächstbesten Völkerveröhnung machen. L. R.

Sturm-Abende. Man weiß wohl, wie Hermann Wals- den und Rudolf Blümler durch ihre Ideen mancher modernen Künstler zum Schaffen angeregt haben, aber man macht sich kein richtiges Bild von dem, was sie selbst zu bieten vermögen, wenn man nicht einmal einen Vortragsabend in ihren Räumen mitgemacht hat. (Sie finden jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat statt.)

Der Gong erklingt, düster vorbereitend, zum zweiten Male, und heraus tritt Walden. „Nachtgefang“, meldet er und legt sich ans Klavier und spielt. Mit hartem Anschlag, mit mittelmäßiger Technik, aber mitten in allem steigert er sich wie ein Sturm von Träumen und Gedanken, und man fühlt: hier ist viel edles Tal- ent. Denselben Eindruck hinterläßt der noch bessere und genialere „Schwertertanz“. Der Mangel an Technik in jeder Beziehung legt den Wert der Kompositionen ferab und macht sie nur unter der Hand des Komponisten gerühmt, der immerhin alles Ge- fühl, das in ihm vorhanden ist, auf den Hörer zu übertragen ver- steht.

Größer und reiner wirkt Blümler als Rezitator. Trotz des Anstells im Dasse und vieler unangenehmer Gurrelaute führt er in seinen Darbietungen die geistreiche neue Problematik unserer Zeit. Die entgötterte, auf sich gestellte, zum Teil unheimliche

Der Zeitungskampf

Ausdehnung der Bewegung?

Die Lage im Zeitungskampfe hat sich seit gestern nicht verändert. Es wird zwar beständig verhandelt, aber das Unternehmertum beharrt bei seinem Standpunkt. Die großen Druckereien ruhen nach wie vor. Die Tarifinstanzen sind inzwischen nicht mit der Angelegenheit befaßt worden. Die Lösung der Krise kann also frühestens im Laufe des heutigen Tages erfolgen, und erst morgen dürfte sich übersehen lassen, ob der Kampf einem schnellen Ende zugeführt werden kann.

Einstweilen liegen Anzeichen dafür vor, daß der Kampf in den Zeitungsbetrieben auch auf andere Druckereien überzugreifen droht. Ein Fall dieser Art liegt bereits vor. Eine Film-Fachzeitschrift, „Der Film-Courier“, der bisher in einer Auflage von 11 000 Stück hergestellt wurde und politische Meldungen nur in ganz bescheidenem Umlange brachte, macht den Versuch, seinen politischen Teil auszubauen und als politisches Blatt auf dem Markt zu erscheinen. Die Arbeiterschaft der Druckerei Seidel u. Co. in der Lektower Straße, wo dieses Blatt hergestellt wird, hat es abgelehnt, diese Umstellung der Zeitung mitzumachen. Solange der Zeitungskampf andauert, soll der Film-Courier bei seinen Lesern bleiben. Infolgedessen ruht seit heute morgen auch der Betrieb dieser Druckerei.

Die Funktionäre der graphischen Hilfsarbeiter werden sich heute abend in geschlossener Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigen. Die Sitzung findet um 6 Uhr im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstraße 44, statt.

Beschlüsse des Eisenwirtschaftsbundes

Düsseldorf, 18. Oktober. (W.F.)

Der Eisenwirtschaftsbund hat in seiner heute in Düsseldorf tagenden Vollversammlung den ursprünglich bei der Nationalversammlung und dem Reichstag gestellten Antrag auf Abänderung der Eisenwirtschaftsbundes-Berordnung einstimmig zurückgezogen. Mit dem Reichswirtschaftsministerium kam eine Verständigung zustande, wonach der Metallarbeiter-Berband ein selbständiges Ernennungsrecht zur Vollversammlung erhält und einige Verbände, darunter der Verein der Stragen-, Klein- und Privatbahnen in den Eisenwirtschaftsbund aufgenommen werden. Die Mitgliederzahl des Eisenwirtschaftsbundes wird hierdurch nicht erhöht. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums hat die Erklärung abgegeben, daß nunmehr auch der Gesetzentwurf über die Aenderung der Eisenwirtschaftsbundes-Berordnung vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskabinetts zurückgenommen wird.

Der Außenhandelsauschuss des Eisenwirtschaftsbundes hat einstimmig beschlossen, daß der Export nach Ländern mit höchsterwertiger Walfuta, in der Regel in Ueber-Tarifierung zu fakturieren ist. Ausnahmen bewilligt die Außenhandelsstelle für die Eisenwirtschaft, dagegen sind für den Export von Rohstoffen erzielte Devisen auch weiterhin an die Reichsbank abzuführen. Die beim Export der Stahls- und Walzwerk-Erzeugnisse erzielten Devisen sind nur soweit abzuführen, als sie nicht für die eigenen Auslandsverpflichtungen des industriellen Wertes benötigt werden. Es können aus diesem Grunde weniger als 40 Prozent abgeliefert werden, doch ist der Nachweis der Außenhandelsstelle gegenüber zu führen.

Die Berringerung der Befahrungskosten

Paris, 18. Oktober.

Heute wurde im Ministerium des Meeres die erste Sitzung der Finanzstellen und militärischen Sachverständigenkommission abgehalten, die von dem Obersten Rat der Alliierten im August dieses Jahres ernannt wurde, um vor dem 1. November einen Bericht abzufassen und Vorschläge zu machen, um die militärischen Befahrungskosten und die Ausgaben der Zollkommissionen zu verringern und einzuschränken. Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Italien, Japan und Belgien waren vertreten. Nachdem die Kommission ihre Arbeitsmethode bestimmt hatte, beauftragte sie unter ihren Mitgliedern einige, die einer Unterabteilung angehören sollten, mit dem Auftrage, zu einer Schätzung auf der Grundlage des augenblicklichen Bestandes zu schreiben:

1. Unterhaltungsausgaben, die gegenwärtig von den verschiedenen Regierungen vorgeschossen wurden.

wenn auch tief-ohnmächtige Welt kommt aus seiner Brust groß und gewaltig heraus und macht den Boden erbeben. Dichter, an die er mit Inbrunst glaubt, erscheinen aus ihm wie Geister und machen alles in uns lebendig. Er bleibt als Künstler und Vortrager unvergänglich. A. N.

Losca in der Staatsoper wird sich als glänzende Gesellschaftsoper, die Millionen Menschen in allen Musikstädten der Welt leidenschaftlich mitgerissen hat, auf dem Spielplan natürlich länger halten als Mozart's: „Così fan tutte“ oder Gluck's: „Iphigenie“. Das Werk ist denn auch doppelt besetzt worden. Auch die Aufführung mit Frau Hedmann-Bettendorf als die berühmte Sängerin Losca, mit Kirchner als ihrem Geliebten, mit Jador als dem österreichischen Polizeihund Scarpia, hat nicht die gewaltige melodische Größe (mag es auch nur als Kostprobe sein), die in Puccini's Orchester steht. Aber Frau Hedmann sang eine große Arie im zweiten Akt mit einer persönlichen und warmen Farbe. Jador hatte Haltung und ausgezeichnete Artikulation und Kirchner war wie immer ein Sänger, der nur in zweiten Rollen wirklich verwendbar ist. F. St.

Leben auf dem Mond. Auffehen erregende Mitteilungen über die Ergebnisse seiner zweijährigen Mondforschung, über die bereits kurz berichtet wurde, macht der berühmte Astronom der Harvard-Universität, Prof. William Wadsworth, in einem Aufsatz von „Popular Astronomy“. Er glaubt durch seine Beobachtungen die bisherige Annahme widerlegt zu haben, daß der Mond tot ist und nichts auf seiner Oberfläche leben kann. Er ist vielmehr davon überzeugt, daß oft Anzeichen auf der Oberfläche dieses Planeten erscheinen, die sich nur als Vegetationsgebiete erklären lassen. Seine Behauptung stützt er auf eine Reihe von teleskopischen Photographien, die einen Krater darstellen. Aus diesen Hunderten von Photographien soll sich das plötzliche Aufschließen weiter Pflanzenfelder erkennen lassen, die mit einer ebenso erstaunlichen Schnelligkeit zur Blüte gelangen und in einer Höchstperiode von elf Tagen verwelken. Nach Wadsworth's Auffassung ist in den Kratern, mit denen die Oberfläche des Mondes besetzt ist, Wasser und ein Sphäroparat, der sich in dem Entweichen von Rauch auflöst. Wenn es auf dem Monde „Tag“ wird, d. h. wenn er von der Sonne beschienen wird, was eine Zeit von 14 unserer Tage andauert, so erwärmen die Sonnenstrahlen die Oberfläche des Mondes außerordentlich rasch und rufen ein pilzartiges Wachstum in den Kraterfeldern hervor. Die Photographien sollen auch zeigen, daß große Schneefürne und vulkanische Ausbrüche auf dem Monde häufig sind. „Wir finden“, sagt Wadsworth, „eine lebende Welt gleichsam dicht vor dem Tor unserer Erde, und zwar ist es ein Leben, das in mancher Hinsicht dem auf dem Mars ähnlich sein muß. Dies Leben ist freilich von dem auf unserer Erde ganz verschieden.“

Ein neues Syphilis-Heilmittel. Dr. Roux, Leiter des Pasteurischen Instituts, hat der Akademie der Wissenschaften eine wichtige Entdeckung zur Behandlung der Syphilis durch Muskeleinjektion von Bismuthsalz anverbreitet. Dün-

2. Ausgaben, die unmittelbar zu Lasten Deutschlands gehen, wie zum Beispiel Unterbringung von Truppen, ihre Wohnungen und Eisenbahntransporte für sie.

Diese Unterkommission wird morgen und übermorgen bei der Reparationskommission zusammenkommen. Die Kommission soll kommenden Freitag eine Vollsitzung abhalten.

Das Wiener Parlament über Venedig

Wien, 19. Oktober.

Gestern nahm der Ausschuss für Aeußeres den Bericht des Bundeskanzlers Schöber über das Abkommen von Venedig entgegen. Ein Antrag des Großdeutschen Dinghofer, der gegen den Bruch des Friedensvertrages durch die Entente protestiert und die in Venedig getroffene Vereinbarung zur Ablehnung empfiehlt, wurde nach langer Debatte abgelehnt. Der Ausschuss nahm einstimmig bei einer Stimmenthaltung folgenden Antrag an, der von Vertretern der drei Parteien formuliert worden war:

„Das Verhalten der Entente macht seit der Ratifizierung des Vertrages von Trianon beweist, daß sie offenbar nicht willens sind, wesentliche territoriale Bestimmungen des Vertrages von St. Germain, und zwar gerade die für Oesterreich günstigen, durchzuführen. Infolge der hierdurch geänderten Sachlage wird die Bundesregierung ermächtigt, die in Venedig begonnenen Verhandlungen unter entschiedener Wahrung der Interessen Oesterreichs und der Rechte des bürgerländischen Volkes fortzusetzen und vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung abzuschließen.“

Hierzu bemerkt die „Arbeiter-Zeitung“ unter der Ueberschrift „Krieg oder Frieden?“. Es war im Grunde eine Entscheidung über Krieg oder Frieden. Die Aufgabe war vor allem, eine Gewähr dafür zu schaffen, daß die Bevölkerung von Oedenburg und Umgebung in voller Freiheit abstimmen kann. Das heißt aber den Abzug der Oesterreich-Banden, die Befestigung des Abkommensgebietes durch Ententetruppen, die Sicherung voller Freiheit der Propaganda und der Abstimmung voraus. Trotzdem Oesterreich zum Frieden bereit ist, muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die ungarischen Karlisten, noch ehe sie zum Abzug aus dem Burgenland gezwungen werden, einen Handstreich gegen unsere Republik versuchen. Darum müssen alle Wehrmänner und alle Republikaner auf der Hut sein und zum Schutz der Freiheit gerücket bleiben.

Herbsttagung des englischen Parlaments

Arbeitslosenfrage — Oberschlesien — Russlandhilfe

London, 18. Oktober.

Nach einer Ferienpause von zwei Monaten trat heute nachmittag das Parlament wieder zu einer kurzen Herbsttagung zusammen, in der es sich in der Hauptsache mit der industriellen Krise befaßt. Kenworthy beantragte, daß außer der Arbeitslosenfrage während der Herbsttagung auch eine Möglichkeit zur Erörterung der oberschlesischen Frage, der russischen Hungerfrage und der irischen Frage geschaffen werde. — Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wurde von der Regierung auf 1 1/2 Millionen angegeben.

Lord George bestätigte die bereits gemeldete Zusammenkunft der britischen Delegation für die Washingtoner Konferenz. Er sagte unter allgemeinem Beifall, er hoffe, persönlich nach Washington gehen zu können, sobald die parlamentarische und die allgemeine Lage dies zulassen. Lord Beatty werde in Washington die britische Flotte, Lord Cavan das britische Heer und Marshall Higgins die britischen Luftstreitkräfte vertreten. Sir Maurice Hankey werde ebenfalls nach Washington gehen.

Chamberlain teilte mit, daß die Regierung im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage vier Gesetzentwürfe einbringen werde. Lord George wird morgen bei ihrer Einbringung eine allgemeine Erklärung über die Politik der Regierung abgeben. Chamberlain gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung des Parlaments nicht länger als 14 Tage dauern werde.

Bei der Begründung seines Antrages auf Erörterung der oberschlesischen Frage sagte Kenworthy, die Entscheidung des Völkerbundes habe zur Folge gehabt, daß die Mark um 200 Punkte gesunken sei, und er be-

der Kranke sollen damit bereits geheilt worden sein. Die Geschwüre vernarben in einem Zeitraum von ein bis drei Wochen, und von der ersten Einprägung an verschwanden die Syphilis-erregter aus dem offenen Geschwür. Dr. Roux fügte hinzu, daß lange Beobachtungen notwendig sind, ehe behauptet werden kann, daß das Bismuthsalz die Fähigkeit besitzt, Individuen, welche von der Syphilis angefaßt sind, zu heilen.

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen Donnerstag früh beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Albert Ehrenstein: Maria, Erzählung. — Paul Wommersheim: Das geschichtliche Bleibende und die sozialistische Kultur. — Felix Linde: Die Fesseln der Farbe und die Harmonie der Farben. — Eugen Georg: Vergessene Erfindungen. — Bruno Heyn: Gummigewinnung im Amazonagebiet. — Kolibuch.

Tages-Notizen

Die Große Volkssperre hat für das Zentrum Berlin eine besondere Werbe- und Kundendienststelle eingerichtet. Sie befindet sich bei Felix Mendels, Burgstraße 28, Bureauhaus Nr. 12.

Pantoffler der Volkshochschule Spandau. Bibliothekar Dr. Wielers spricht Freitag, den 21., 5 Uhr, in der Aula des Oberlyzeums (Kasernenring) über Dichtung und Welt und über die geistlichen Komödien. Der Vortrag wird durch Musikstücke aus Dornes Zeit unternommen. Karten 1 M.

Arbeiter-Kampfabteilung (Petersburger Str. 10). Donnerstag, 7 1/2 Uhr. Vortrag von Max Weber über „Proletariat und Bauernk.“

Josef Hann-Jäger. Das Programm der Mittagsaufführung zum Gedächtnis Josef Hann-Jäger am Sonntag, 11 1/2 Uhr, in der Staatsoper bringt Alberto, 2. Akt (Kerkerakt), Wallra, 2. Akt, von der Tobenerfandlung ab, anschließend Traverser'sche aus der Wälderfandlung und dem Trauerspiel: Fortpflanzung und Verbreitung der Syphilis. Die Aufführung findet ohne Unterbrechung in einem einheitlichen szenischen Rahmen statt.

Das Westener Künstlertheater beginnt sein Gastspiel im Theater in der Königstraße am 18. November mit Tschick's als vieraktigen Schauspiel „Der Schmelzer“. Es folgt deselben Dichters „Unter Wanda“, ferner Knud Hansen's „Dem Teufel geholt“ und Hermann's Komödie „Jede Weibchen hat einen Vater“. Die Auktionsversteigerungen werden nun in der russischen Buchhandlung J. Laboussin, Kurfürst. 13 (Steinplatz 796) von 12—2 Uhr und von 3 1/2—7 Uhr entgegengenommen.

Das Kongresshaus Friedrichshagen, das seit 8 Jahren als Lagerort benutzt wurde, ist vollständig renoviert und seinem eigentlichen Zweck wieder nutzbar gemacht worden. Es wird Freitag durch ein Konzert des Philharmonischen Orchesters unter Eduard Krüger mit Melodie Klart und Karl Krause als Solisten eröffnet. Eintrittspreise 3—14 M.

Museumsausstellungen durch wissenschaftliche Beamte führen nächsten Sonntag, 24. Okt., im Kaiser-Friedrich-Museum (Nationalische Bildwerke), im Neuen Museum (Wissenschaftliche Abteilung) und im Museum für Völkerkunde (Wissenschaftliche Abteilung) fort.

In der Berliner Reichshochschule Gesellschaft spricht Donnerstag, 8. Okt., über die Gemeindeführung Friedrichstraße 45, Dr. Bernward über Arbeitsfragen, ihre physiologischen Bedingungen und ihre künstliche Bedienung. Eintritt 3 M.

merkte nebenbei, selbst die Franzosen gäben zu, daß die letzte deutsche Regierung die beste sei, die Deutschland bisher hatte. Chamberlain sprach sich gegen eine Erörterung der oberschlesischen Entscheidung aus, dies sei eine Entscheidung des Völkerbundes, an die alle Verbündeten sich zu halten verpflichtet seien.

Im weiteren Verlauf der Sitzung fragte der Arbeiterführer Clynnes an, ob es richtig sei, daß England auf der Hungerkonferenz erklärt habe, man müsse Russland solange Unterstützung verweigern, als es keine Vorkriegsschulden noch nicht bezahlt habe. Der Direktor des Bureaus für Auswärtiges erwiderte im Namen der Regierung die in Brüssel angenommene Resolution unter der Unterscheidung zwischen Hilfswert und Kreditgewährung für Russland. Die Konferenz lud alle Regierungen ein, der Roten Kreuz-Organisation bei ihrem Hilfswert für Russland beizustehen. Die englische Regierung handle bereits gemäß dieser Empfehlung. Was die Kreditgewährung anbetreffe, so entspreche die Haltung der Konferenz dem Beschluß vom 16. August, wonach Russland erst Kredite gewährt werden sollen, wenn es die Bedingungen annehme, die im Handelsverkehr zwischen zivilisierten Völkern üblich sind. In Beantwortung einer anderen Anfrage wurde von Regierungsseite erklärt, daß die englische Regierung immer auf dem Standpunkt stehe, daß Russland nur dann Kredite gewährt werden, wenn es seine Vorkriegsschulden anerkenne.

Die Sitzung des Oberhauses

In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erklärte Lord Curzon, daß er gewünscht hätte, nach Washington gehen zu können; denn die Fragen des Fernen Ostens und des Pazifischen Ozeans hätte er bei mancher Gelegenheit bereits studiert. Von einiger Zeit habe er selbst diese Gebiete besucht, aber die gegenwärtige Lage des Landes mache es ihm unmöglich, das Auswärtige Amt für längere Zeit zu verlassen. Von der Washingtoner Konferenz müsse gesagt werden, daß sie nicht nur kurze Zeit dauern werde. Sie werde zweifellos von großer Bedeutung sein, und Lord Curzon drückte die Hoffnung aus, daß es der Konferenz gelingen möge, zur glücklichen Lösung in den schwierigen Fragen des Fernen Ostens und des Stillen Ozeans zu führen.

Katastrophale Verkehrslage in Russland

Drohender Stillstand wichtigster russischer Eisenbahnlinien.

D. E. Terijoff, 18. Oktober.

Ein Jirkulartelegramm der Sowjetregierung fordert die Lokalbehörden auf, die größten Anstrengungen zu machen, um die gesamte Holzfuhr nach den Eisenbahnstationen zu heben. Der Eisenbahnverkehr liege infolge des Heizmittelmangels unmittelbar vor dem Stillstand. Besonders schlimm sei die Lage der Eisenbahnen in Sibirien, ferner der Linien, die von Moskau nach Petersburg, Kiew und Kasan führen, und der Südwestbahnen und der Nordwestbahnen. Die Sowjetregierung hat überdies beschlossen, außer Lebensmitteln auch neue Kohle und Holz im Ausland einzulaufen. Die Sowjetpresse bemerkt erläuternd, daß der Stillstand bei einer Reihe der wichtigsten Bahnhöfen bereits am 1. November oder gar noch früher eintreten könne.

Der internationale Nationalismus

Konflikt im belgischen Ministerium

Brüssel, 17. Oktober.

Im belgischen Ministerium scheint ein Konflikt ausgebrochen zu sein. Als Antwort auf die nationalistische Kundgebung in La Louvière, bei der der Kriegsminister den ehemaligen Frontkämpfern eine neue Fahne überreichte, sandte gestern eine sozialistische Kundgebung Kart, der der sozialistische Minister der öffentlichen Arbeiten, Anjels, beizuhohnte. Unter einer roten Fahne soll ein Sozialist, als belgischer Soldat verkleidet, eine Platte zerbrochen haben, und diese rote Fahne soll dem Verein sozialistischer Frontkämpfer überreicht worden sein.

Der Kriegsminister Dewezze hat deshalb dem Ministerpräsidenten seine Demission überreicht. Da der Ministerpräsident nicht in Brüssel anwesend ist, konnte über die Demission noch keine Entscheidung getroffen werden. Der König hatte heute eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister.

Ein Besuch im Kunstasyl

Räthe Hyan — die Zigeunermutter

Die Kaiserstraße, tagsüber eine belebte Verkehrsader, ist abends totentill. Man tritt aus dem Schacht der Untergrundbahn heraus und steht beinahe im Dunkeln. Nicht einmal die erleuchteten Fenster einer Gastwirtschaft sind in der Nähe. Ein stiller, fast unheimlicher Verlassenheit mitten im Getriebe der Weltstadt. Über: „Das Licht leuchtet in der Finsternis“. Es strahlt aus dem kleinen, vierseitigen Ausschnitt einer Leuchte. Wenn das „Kunstasyl“ hier irgendwo sein soll, dann muß es hinter dieser etwas schiefen, unansehnlichen Tür sein. Nichtig: das altersschwache Haus trägt Nr. 62. Treten wir ein.

Licht, Wärme, Geruch von gutem Kaffee, Geräusch eines bräunlichen Kessels, Lebhafte, harmonische Farben. Eine Räthe, von schlangenförmiger Lampe beleuchtet. Ein Tisch, um den Menschen sitzen. Eine Gestalt erhebt sich, geht auf uns zu.

Es ist Räthe Hyan, die Schöpferin und der gute Geist des „Kunstasyls“. Sie nimmt jeden Gast, der ihr unbekannt ist, zunächst einmal allein vor. Fragt ihn, was ihn in das Asyl führe, ob er Künstler sei oder Kunstfreund, oder nur ein Neugieriger. Die letzteren komplimentiert sie höflich wieder hinaus. Es geht sehr schnell. Die Künstler müssen sich legitimieren durch ihre Arbeiten. Räthe Hyan, selbst Künstlerin bis in die Fingerringen, hat schnell heraus, wer ein Maler braucht und wer nur „nassauern“ will. Diejenigen aber, die aus Liebe zur Kunst oder zum sozialen Werk kommen, weißt sie in den Gedanken ihres Kunstwerks ein und erwartet keine Mitarbeit, erwartet eine moralische und, wenn die Mittel es dem Betreffenden erlauben, eine materielle Leistung.

Sie erklärt uns, warum gerade sie dieses Asyl schaffen mußte. Kennt sich selbst eine Zigeunernatur, deren mütterlicher Trieb sie zur „Zigeunermutter“ werden ließ. Sie hat alle Bitternisse des „Jenseits“ aller Berufe mitgemacht, und gerade darum weiß sie, was den jungen und alten Menschen fehlt, die die Freunde, die sie ändern bereiten, so oft mit den bittersten Enttäuschungen begeben müssen. Sie will in ihrem Asyl zunächst das Notwendigste geben: den warmen Raum und den erleuchteten Tisch, um den sich Menschen zueinander finden. Eine merkwürdige und sonderlich ergreifende Tafelrunde! Wer ihr einmal angehört hat, vergißt sie so leicht nicht! Aber Räthe Hyan will mehr. Sie will ihren „Kindern“ Wege ebnen. Da ist ein kleiner Saal: in dem dürfen junge Talente ihre Bilder an die Wände hängen in der Hoffnung, daß sie dort jemand sieht, der sie kauft. Da steht ein Flügel, und Räthe Hyan begleitet bei den abendlichen Vortrügen ihre Künstlerinnen und Künstler, die dort ein kunstverwandiges Publikum erwarten.

Dieses „Kunstasyl“ ist ganz aus eigener Kraft gebaut. Räthe Hyan hat Tausende hineingesteckt. Ein junger Architekt hat wochen-

